

Österreich

Das Wachstum dürfte 2022 bei 4,5 % liegen, bevor es 2023 auf nur noch 0,1 % einbricht. Für 2024 werden 1,2 % erwartet. Die Inflation ist breit basiert und wird voraussichtlich gegen Ende 2022 ihren Scheitelpunkt erreichen, bevor sie 2023 und 2024 allmählich nachlässt. Die verfügbaren Realeinkommen verringern sich 2022, was den privaten Konsum hemmt. Sie dürften sich jedoch wieder erholen, wenn mit der Inflation auch die Löhne steigen. Die schwache Auslandsnachfrage und die Verschlechterung des Geschäftsklimas drücken die private Investitionstätigkeit. Das Beschäftigungswachstum wird sich zwar verlangsamen, die gravierenden Arbeitskräfteengpässe dürften aber einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern.

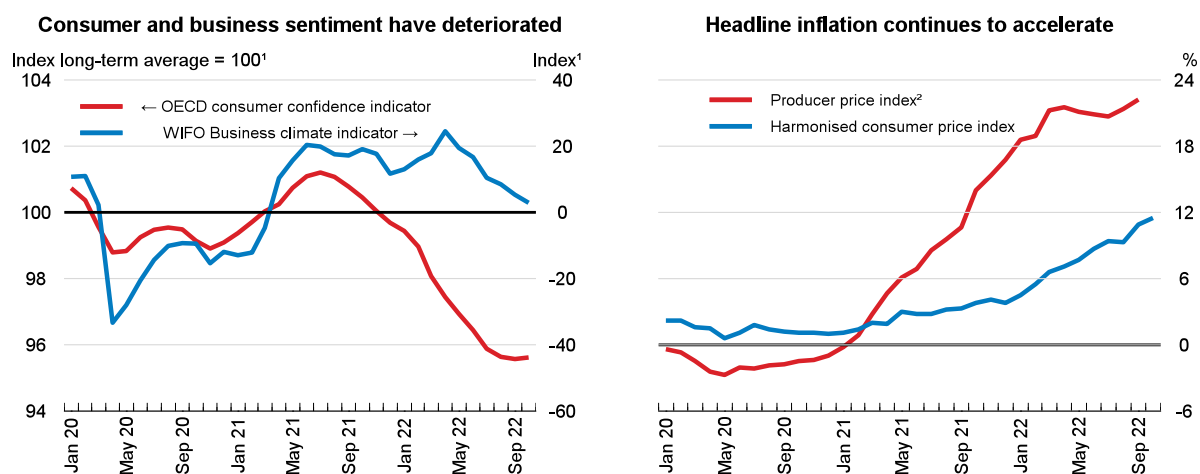
Die Fiskalpolitik wird im Verlauf des Projektionszeitraums restriktiver. Die Rücknahme der pandemiebedingten Hilfen hat zur Verringerung des Primärdefizits beigetragen. Die neuen Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung des Energiepreisanstiegs dürften in den Jahren 2023–2024 auslaufen. Einige dieser Maßnahmen sollen durch eine Absenkung der Arbeitskosten das Wachstum ankurbeln. Dies ist begrüßenswert. Die diskretionären Maßnahmen zur Kompensation der hohen Energiepreise müssen aber zielgenauer gestaltet werden, um eine Schwächung der Preissignale zu verhindern und die fiskalischen Kosten zu begrenzen. Die Mobilisierung bestehender Arbeitskräftereserven würde helfen, die anhaltenden Personalengpässe abzubauen.

Das Wachstum lässt inmitten des Inflationsanstiegs nach

Die Wirtschaftsleistung nahm in der ersten Jahreshälfte 2022 stark zu, in der zweiten Jahreshälfte wird sie sich aber verringern. Im dritten Quartal ging das BIP bereits leicht zurück. Die steigende Erzeuger- und Verbraucherpreisinflation belastet das Geschäfts- und Konsumklima. Die Inflation auf der Verbraucherstufe erreichte im Oktober 11 % und verbreitert sich, während auch die Kerninflation zunimmt. Die Erzeugerpreisinflation steigt ebenfalls weiter und verstärkt den Inflationsdruck bei den Verbraucherpreisen. Der Tarifabschluss in der Metallindustrie, der in der Regel richtungweisend für die Lohnabschlüsse in anderen Branchen ist, sieht Lohnerhöhungen von 7,4 % mit einer Laufzeit von einem Jahr ab November 2022 vor.

Die österreichische Volkswirtschaft ist nach wie vor der Gefahr von Gasversorgungsstörungen ausgesetzt, da immer noch rd. 50 % des Gasverbrauchs durch Importe aus Russland gedeckt werden (verglichen mit 80 % zu Jahresbeginn 2022). Im Oktober 2022 betrug die Gasreserve ungefähr 90 % des jährlichen Verbrauchs. Dazu zählt auch die neue staatliche strategische Gasreserve, die den Gasverbrauch von zwei vollen Wintermonaten decken könnte. Rund 60 % der Gasmenge stehen für österreichische Haushalte und Unternehmen zur Verfügung. Die globalen Energie- und Rohstoffpreissteigerungen stellen eine große Belastung für Haushalte und Unternehmen dar, insbesondere im exportorientierten Verarbeitenden Gewerbe. Bis Oktober 2022 kamen 83 000 Geflüchtete aus der Ukraine nach Österreich. Der Staat hat Haushaltsmittel in Höhe von rd. 0,13 % des BIP (2022) bzw. 0,12 % des BIP (2023) für die humanitäre Unterstützung der aus der Ukraine Geflüchteten und ihre Integration in den österreichischen Arbeitsmarkt vorgesehen.

Austria



1. Long-term average cover January 2014 to September 2022. The WIFO index ranges from -100 to 100, indicating that a positive (negative) value signals an optimistic (pessimistic) business climate.

2. Producer price index refers to total industrial activities.

Source: OECD Main Economic Indicators database; and WIFO Business cycle survey.

StatLink  <https://stat.link/4iqd8s>

Austria: Demand, output and prices

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2015 prices)				
Austria						
GDP at market prices*	397.0	-6.6	4.7	4.5	0.1	1.2
Private consumption	204.6	-7.9	3.4	3.8	0.7	1.9
Government consumption	77.2	-0.5	7.9	-1.3	-3.5	-0.3
Gross fixed capital formation	98.5	-5.0	8.7	-0.5	1.0	1.4
Final domestic demand	380.4	-5.7	5.7	1.5	-0.1	1.3
Stockbuilding ¹	1.6	0.1	0.7	1.0	0.5	-0.8
Total domestic demand	382.0	-5.5	6.5	2.4	0.0	0.5
Exports of goods and services	222.0	-11.4	10.2	13.6	2.3	4.8
Imports of goods and services	207.0	-9.2	13.7	7.5	1.4	3.8
Net exports ¹	15.1	-1.6	-1.4	3.5	0.5	0.7
Memorandum items						
GDP deflator	–	2.5	1.9	4.3	6.0	3.0
Harmonised index of consumer prices	–	1.4	2.8	8.5	6.7	3.6
Harmonised index of core inflation ²	–	2.0	2.3	4.9	5.1	2.4
Unemployment rate (% of labour force)	–	5.4	6.2	4.9	5.1	5.2
Household saving ratio, net (% of disposable income)	–	13.3	12.0	6.1	7.0	7.3
General government financial balance (% of GDP)	–	-8.0	-5.9	-3.5	-2.7	-2.0
General government gross debt (% of GDP)	–	112.0	105.6	104.5	103.1	102.0
General government debt, Maastricht definition ³ (% of GDP)	–	83.1	82.3	81.2	79.8	78.7
Current account balance (% of GDP)	–	3.0	0.4	0.7	1.0	1.8

* Based on seasonal and working-day adjusted quarterly data; may differ from official non-working-day adjusted annual data.

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

3. The Maastricht definition of general government debt includes only loans, debt securities, and currency and deposits, with debt at face value rather than market value.

Source: OECD Economic Outlook 112 database.

StatLink  <https://stat.link/yrmxe5>

Fiskalpolitische Maßnahmen kompensieren einen Teil der Energiepreisinflation

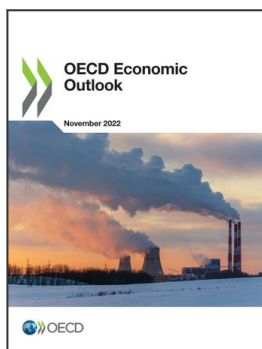
Das Primärdefizit dürfte sich im Verlauf des Projektionszeitraums verringern. Eine Neuausrichtung der Fiskalpolitik brachte die Abkehr von pandemiebedingten Hilfen zugunsten von Maßnahmen, mit denen die Energiepreisinflation kompensiert und das Potenzialwachstum gesteigert werden sollen. Dies soll vor allem durch einen Umbau der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität erreicht werden. In der ersten Jahreshälfte 2022 wurden drei Entlastungspakete mit einem Gesamtumfang von 8 % des BIP von 2021 auf den Weg gebracht. Sie umfassen diskretionäre Maßnahmen für 2022 und 2023 zur Abfederung der hohen Energiepreise für Haushalte und Unternehmen, wie z. B. verschiedene Beihilfen, Energiegutscheine und Steuersenkungen. Darüber hinaus werden alle Haushalte durch eine Stromkostenbremse entlastet, die von Dezember 2022 bis Mitte 2024 gilt. Zu den neuen strukturellen Maßnahmen zählen die Einrichtung einer strategischen Gasreserve sowie ab 2023 die automatische Anpassung der Tarifstufen in der Einkommensteuer an die Inflation und eine Senkung der Lohnnebenkosten um 0,2 Prozentpunkte. Zudem kombiniert die ökosoziale Steuerreform steigende CO₂-Preise mit niedrigeren Einkommen- und Körperschaftsteuern, die im Verlauf des Projektionszeitraums schrittweise umgesetzt werden sollen. Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union von rd. 0,8 % des BIP bis 2026 werden vor allem für die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien und Digitalisierung genutzt.

Das Wirtschaftswachstum bleibt vorerst schwach

Die Wirtschaftsleistung wird sich allmählich erholen und 2023 um 0,1 % sowie 2024 um 1,2 % wachsen. Die anziehende Erzeugerpreis-inflation, die erhebliche Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Ukraine-kriegs und die schwache Auslandsnachfrage werden die Unternehmensinvestitionen und die Exporte dämpfen. Die Inflation wird während des Projektionszeitraums auf einem erhöhten Niveau verharren, aber 2024 wird sie angesichts restriktiverer finanzieller Rahmenbedingungen und der Überwindung des Energieschocks auf 3,6 % fallen. Der private Konsum wird sich 2024 mit der sukzessiven Erholung der verfügbaren Realeinkommen wieder beleben. Der Arbeitsmarkt dürfte jedoch angespannt bleiben, da der Fachkräftemangel die Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigt und die Arbeitslosenquote niedrig hält. Die Projektionen sind nach wie vor mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Die Gasimporte aus Russland können auf kurze Sicht nicht ersetzt werden und ein vollständiger Importstopp hätte erhebliche negative Wachstumseffekte. Eine Verschlechterung der Pandemielage würde der Wintertourismussaison schaden und die Wirtschaftsentwicklung in den Dienstleistungsbranchen hemmen.

Reformen könnten ein stärkeres und nachhaltigeres Wachstum bewirken

Um das Wachstum zu steigern, müssen die gravierenden Kompetenzengpässe verringert werden. Ein entscheidender Faktor ist dabei die Mobilisierung vorhandener, bislang aber nicht genutzter Arbeitskräftereserven. Insbesondere müsste die Erwerbstätigkeit von Frauen stärker gefördert werden, z. B. durch Verbesserungen bei der Verfügbarkeit und Qualität frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote in ganz Österreich. Bessere Anreize für ein späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und gute Arbeitsbedingungen für ältere Arbeitskräfte würden ebenfalls helfen. Die geplanten öffentlichen Investitionen zur Senkung der Treibhausgasemissionen werden für nachhaltigeres Wachstum sorgen und die Energieversorgungssicherheit erhöhen. Es sind jedoch größere Anstrengungen erforderlich, um das ehrgeizige Ziel der Klimaneutralität 2040 zu erreichen. Die ökosoziale Steuerreform ist zwar ein begrüßenswerter Schritt, es bedarf aber einer Harmonisierung und Anhebung der CO₂-Preise in allen Wirtschaftssektoren, gepaart mit komplementären regulatorischen Maßnahmen und Investitionsprogrammen zur Emissionsminderung. Hilfsmaßnahmen zur Abfederung der hohen Energiepreise müssen zielgenauer auf Haushalte ausgerichtet werden, die besonders unter den steigenden Lebenshaltungskosten leiden; allerdings müssen dabei die Anreize, den Verbrauch fossiler Energieträger zu verringern, erhalten bleiben.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 2

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/f6da2159-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2023), "Österreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/3df0a43f-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.